

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Nr. 800

Freitag, den 28. Dezember 1923

18. Jahrgang

Frankreich, der Unruhehelfer Europas.

Infolge der demokratischen Senatswahl Robert D'Azam im amerikanischen Senat in einer Rede in der er Frankreich stark angriff, das Pariser Kabinett in höherem Grade für den Krieg verantwortlich erklärt als die damalige deutsche Regierung. Es sei von höchster Wichtigkeit, sagte er hinzu, daß die Welt die näheren Zusammenhänge kennen lerne und begreife, wie die Presse und die öffentliche Meinung gesteuert und die Völker geleitet wurden, einander zu hassen und zu fürchten und Armeen zu organisieren, soweit es ihre Finanzkraft nur zuließ.

D'Azam sagt das Nicht der Wahrheit an, die diesen Rebel zu durchdringen, mit denen die Sägen der einblischen Kriegspropaganda die Welt bedeckt haben. Zwar ist die französische Propaganda weiter eifrig dabei die Wahrheit aufzuklären, aber die Taten, mit denen Frankreich seine Vorkriegspolitik in verstärktem Maße fortsetzt, reden eine so deutliche Sprache, daß auch die gekümmteste Propaganda sie auf die Dauer nicht zu überwinden vermag. Die „Times“ veröffentlichten am 18. November eine ausführliche Zusammenfassung der von Frankreich an Polen, Rumänien und Jugoslawien gewährten Anleihen, wofür wir bereits einmal in anderem Zusammenhange berichteten. Die Anleihe an Polen beträgt 400 Millionen Francs. Als Zweck wird der Ankauf rollender Material, Ausgaben für Eisenbahnen Telegraphen und Ausgaben für nationale Verteidigung angegeben. Als Grund zur Gewährung der Anleihe wird u. a. genannt: „Anregung der Entwicklung für Frankreich in Polen.“ — Die Anleihe für Rumänien beläuft sich auf 100 Millionen Francs. In der Begründung zur Bewilligung der Anleihe heißt es: „Selbst die glühendsten Friedensfreunde müssen zugeben, daß kein Land bei dem gegenwärtigen Zustand in Mitteleuropa ohne Gefahr für den allgemeinen Frieden der Widerstand für seine Verteidigung beraubt werden kann.“ — Die Anleihe an Jugoslawien beträgt 300 Millionen Francs. Als Zweck werden auch hier neben Hilfsausgaben für Eisenbahnen, rollendes Material und Telegraphen, Militärausgaben für nationale Verteidigung angegeben.

Mit Recht betonen die „Times“ die merkwürdige Tatsache, daß Frankreich, das vor der Welt stets seine Armut betonte, in der Lage sei, den Staaten in Ost- und Südosteuropa zu Hilfsprestationen den Betrag von 800 Millionen Francs zu gewähren.

Dieser innere Widerspruch wird auch in Frankreich empfunden und zwar umso mehr, je mehr durch die unruhige Finanzpolitik der französischen Regierung der Franco entwertet wird. Zwar geht der bloße national-militaristische Frankreich mit der französischen Regierung durch die und hina. Aber als bemerkenswertes Symptom beginnender Ernüchterung muß doch bemerkt werden, daß bei der letzten Verhandlung des französischen Senats über die Kredite für die außerordentlichen Ausgaben und für die auswärtigen Militäroperationen der radikale Senator D'Espouyeres de Constant an der den europäischen Frieden aufs schwerste bedrohenden Wirtschaftspolitik Frankreichs lebhaftest Kritik geübt hat. Er führte u. a. aus:

„Man müsse sich fragen, ob man Polen, Jugoslawien und Rumänien wirklich einen Dienst erweise wenn man sie in dieser Weise zusammenstoßen und Feuer stelle. Frankreich werde Polen und Jugoslawien Kriegsmaterial schicken; wer werde es unterstützen und wer werde seine gute Verwendung sichern? Werde nicht Frankreich einige Aufwiegler veranlassen sich seiner zu bedienen, unter Umständen, die Frankreich selbst in große Verlegenheit bringen würden?“

Diese Kritik wird in Frankreich und besonders in den Vereinigten Staaten als bekanntlich Amerika die französische Wirtschaftspolitik zum Anlaß nimmt, um auf Bezahlung der französischen Kriegsschulden zu bestehen. Man fragt sich dort erbaunt wie es möglich sei, daß Frankreich, das behauptet, keine Schulden nicht zurückzahlen zu können, doch viele Hunderte von Millionen für die Kriegsausgaben der Kleinen Entente übrig hat. An dieser inneren Unwahrscheinlichkeit muß aber kurz oder lang die Politik des französischen Imperialismus scheitern.

Marit.

Der uns aus dem Burenkrieg bekannte Führer Maritz ging sich zu Beginn des Weltkrieges auf die Seite der Deutschen, im Südwestafrika und vollführte nach einer Besprechung mit dem deutschen Gouverneur Dr. Seitz am 6. Dezember 1914 zusammen mit Kemp, Beuidenheit und Voshoff, einen Angriff auf Upington. Dieser erfolgte am 25. Januar 1915, wurde aber abgewiesen. Kemp und seine Leute ergaben sich, während Maritz die deutschen Geschütze rettete, nach dem deutschen Schutzgebiet zurückkehrte und bis zum Ende der deutschen Schutztruppe ausblieb. Er flüchtete dann nach Ka-

„Ein proletarisches Trauerspiel.“

Ein Sozialist über die sächsische Sozialdemokratie.

Als Beauftragter des sozialdemokratischen Parteivorstandes hat der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann wiederholt mit den sächsischen Instanzen seiner Partei verhandelt. Dabei gewann er Eindrücke, die er jetzt in der Beilage zum „Vorwärts“ vom 25. Dezember unter der viel-sagenden Überschrift: „Ein proletarisches Trauerspiel“ von sich gibt. Dittmann schreibt hier:

„Ein halbes Dutzend junger Redakteure und ein halbes Dutzend Schullehrer beherrschen heute Presse und Organisation unserer Partei in Sachsen. Sie geben offen die Parole aus, daß der Parteivorstand, die Mehrheit der Reichstagsfraktion und der sächsischen Landtagsfraktion von ihren Posten entfernt werden müssen. Vor den größten Entstellungen und Verunglimpfungen von Vertretern und Instanzen der eigenen Partei. Wollenbuhr, Jüdel, Buchta, Richard Meier, Strahlen, Minna Schilling, kurzum alle Reichstagsabgeordneten der Partei im ganzen Wahlbezirk sollen durch diese „Parteienerneuerer“ beseitigt werden.“

gola, wo er den Portugiesen in die Hände fiel. Seine Rückkehr in die Heimat hat nun zu seiner Verhaftung durch die ehemaligen Feinde geführt.

Das Schandurteil von Düsseldorf.

„Französische Rechtsprechung.“

Das „Urteil“ im Düsseldorf-Schubprozesse lautet: Regierungspräsident Gröner 20 Jahre verschärftes Gefängnis,

- Hauptmann Beger und Oberleutnant Wadenstein 10 Jahre verschärftes Gefängnis,
- Polizeikommissar Esser, Oberleutnant Pohl und Oberleutnant Häbner 5 Jahre Gefängnis,
- Polizeioberinspektor Hübner 2 Jahre Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe,
- Hauptmann Winkelmann 1 Jahr Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe,
- Hauptmann Pfeiffer 6 Monate Gefängnis,
- Polizeikommissar Krieger 18 Monate Gefängnis,
- Oberwachmeister Ewers 1 Jahr Gefängnis,
- Artill. König 9 Monate Gefängnis.

Freigesprochen wurden Major Engel, Hauptmann Pahlad und Leutnant Vogt sowie die übrigen 15 Angeklagten. Höfner wurde Strafausschub gewährt, da er bisher völlig unbestraft ist.

Wir haben hier ein Justizverbrechen schlimmster Sorte vor uns. Der Sachverhalt ist kurz der folgende:

Anfang Juni d. J. wurde unter dem Schutz französischer Besatzung in Düsseldorf von landstrebenden Gefangen, das in französischem Solde stand, zum ersten Mal die „Rheinische Republik“ ausgerufen. Die rheinische Bevölkerung erweichte sich tapfer dieses Gewaltstreikes, und auch die preussische Schutzpolizei trat auf Befehl ihrer Vorgesetzten den Hochverrätern pflichtgemäß mit der Waffe in der Hand entgegen, wobei die Verurteilten die Hauptführer waren. Bei dem Zusammenstoß hat es damals einige 30 Tote gegeben.

Anstatt die rheinischen Hochverräter unter Anklage zu stellen, verstand es die französische politische Jurisprudenz, den Männern, die diesen Verbrechen pflichtgemäß entgegengetreten, diesen standlosen Prozeß zu machen. Dazu kommt, daß sich die deutsche Schutzpolizei, die von den Separatisten angegriffen wurde, im Zustande der Notwehr befand. Was die Franzosen mit „Demoskranten“ bezeichneten, waren in Wirklichkeit bewaffnete Banden, etwa 8000 Personen an Zahl.

Politisch bedeutet ein solches Urteil in diesem Augenblick, da der Reparationskommission gerade ein deutsches Verhandlungsangebot vorliegt, in einem Augenblick, da der deutsche Reichsführer Marx den deutschen Weihnachtstriedens- und Hilferuf radiographisch in alle Welt hinaudrufft, eine unerbürdliche Verhöhnung des deutschen Volkswillens.

Voltaire, der genau wie beim Krupp-Prozeß als bergeistigter Vater dieses rein politischen Tendenzurteils ist, daß die Anerkennung der Rheinischen Republik in sich schließt, hat damit neuen Haß gezeugt; was wird die Ernste sein, die aus dieser teuflischen Saat erwachsen wird? Und was wird das Ausland hierzu sagen? Wir sind ja gewöhnt, daß die Welt teilnahmslos bleibt, wenn es sich um Vergewaltigung von Deutschen handelt. Nur hat Frankreich im Verlauf der letzten Monate einen gewissen Verlust an Sympathie erlitten, den diese neue Untat hoffentlich noch vergrößern wird.

Zu dem Urteil im Schubprozesse wird dem WTW von gutunterrichteter Seite des besetzten Gebietes mitgeteilt, daß der Anklagevertreter unverhüllt die politische Tendenz des Prozesses hervorhebt, die separatistische Bewegung als fremdländische (!) Bewegung der Rheinländer zu dokumentieren.

Dabei hat der als Zeuge vernommene Separatistenführer Matthes selbst zugegeben, daß der größte Teil der Demonstranten mit Revolvern und Gewehrrüsteln bewaffnet war.

Obwohl der Besatzungsbehörde bekannt war, daß sich aus diesen Kundgebungen Unruhen entwickeln würden, hat sie nichts unternommen, um sie zu verhindern. Die deutsche Polizei war daher zum Eingreifen gezwungen. Zu Hilfe gerufen, stellte sie die Ordnung wieder her, wobei es zu den Zwischenfällen kam, die den Gegenstand der französischen Anklage bildete. Eine Anklage hätte nur gegen die Separatisten erhoben werden können, die planmäßig Ausschreitungen verübten, nicht aber gegen die pflichtmäßig handelnden deutschen Beamten. Auf französischer Seite bestand kein Recht, die Zwischenfälle vor ein französisches Kriegsgericht zu ziehen, da es sich um innerdeutsche Vorgänge handelte.

Separatistenfreiheit.

Die Separatisten haben in der „Ebeherer Rtx.“ vom 24. d. M. eine Bekanntmachung erlassen, nach der vom 10. Januar ab die Pässe für die Ausreise aus der Pfalz nach dem unbesetzten Deutschland nicht mehr durch die Besatzungsbehörde, sondern von der sogenannten „Regierung der autonomen Pfalz“ ausgestellt werden. Alle früheren Brückenpässe sollen an diesem Tage ihre Gültigkeit verlieren. — Die Besatzungsbehörden hatten bisher die Ausstellung von Brückenpässen als ihr alleiniges Recht betrachtet. Die wenn auch nur vorübergehende Uebertragung dieses Rechtes an die Sonderländer würde zunächst eine offizielle Anerkennung der separatistischen Gewalt durch die Besatzungsbehörden darstellen. Dann würde auch den Separatisten ein Druckmittel in die Hand gegeben sein, die Pässe zu zwingen, bei den Behörden der Sonderländer als Besuchskiller vorzusprechen. Man wird abzuwarten haben, wie sich die interalliierte Rheinlandkommission zu diesen Eigenmächtigkeiten der Aufwiegler stellen wird.

Zwei neue Mordtaten.

Auf der Rückkehr von der Jagd wurden die beiden des Appellats bei Dorsten am Heiligen Abend der 44jährige Kaufmann Gerhard Krappoth und der Fischer durch den belgischen Posten erschossen. Der auf dem gleichen Wagen sitzende Jagdfreund erhielt einen Schuß durch den Gut.

Die französischen Reeder gegen die deutsche Handelsflotte.

Wie ein Antwerpener Blatt mitteilt, hat der französische Reederverband seinen belgischen Kollegen soden ein Dokument übermittelt, in dem auseinandergesetzt wird, daß die deutsche Handelsflotte sich seit dem Krieg wieder neu gebildet habe, daß sie infolge der Ausweidungen des Reiches eine Senkung der französischen Herbeigeführt habe und für die prekäre Lage der internationalen Handelsverkehr verantwortlich sei. Die französischen Reeder verlangen, daß auf Deutschland ein vollständiger Druck ausgeübt werde, damit sie unter Anrechnung auf die Reparationen vom Reiche nachstehende Forderungen erlangen:

1. Unentgeltliche Lagerplätze in den deutschen Häfen.
2. Bestimmung eines bestimmten Breites für die Handelsstrecken.

Frankreich beabsichtigt, mit Unterstützung von Belgien und eventuell auch mit Hilfe Englands, der deutschen Reeder ihren Platz in der Welt zu weisen (!) und ihre weitere Entwicklung im gegenwärtigen Augenblick zu verhindern (!), weil das Angebot der Nachfrager übersteige. Zum Schluß sagt das Antwerpener Blatt, daß der französische Reederverband mit Genehmigung der französischen Regierung seinen Schritt in Antwerpen unternommen habe.

Der Frankensturz.

In den Hauptstädten der Welt wies der Frank den weiteren Rückgang auf. Zurückgekehrt wird diese Erscheinung auf starke englisch-amerikanische Einflüsse.

Berichte über den Abzug französischer Truppen von der Ruhr.

Aus Kreisen der Besatzungsgruppen berichtet sich die Nachricht, daß am 11. Januar mit dem Abzug des größten Teiles der im Ruhrgebiet vorhandenen belgischen und französischen Soldaten zu rechnen ist. So hat die Besatzung des Bezirks Beckinghausen, vor allem die Truppen, die auf dem flachen Lande untergebracht sind, bereits den Befehl erhalten, alles für einen Abtransport vorzubereiten, der am 11. Januar beendet sein muß. Die gleichen Nachrichten sind aus der Gegend von Dorsten und aus dem Bochumer Gebiet eingetroffen. Es kann wohl damit gerechnet werden, daß der größte Teil der Truppen abgezogen und nur ein kleines Kommando in den wichtigsten Zentren des Ruhrgebietes zurückbleibt.

Teile dem

gent Deut-
st in jeder
e größeren
bung, die
die Orte
am Fluße
besonders
hinzel und
Budapest
et sich als
schwierig.
schwieger
wie die
schichte zu
mpfe gegen
den. Die
Preis und
kultureller
Auswan-
men hat
auch die
halb bei
t, in der
Lasses.

en.

nehmigt.
sonnigen-
enfehung
den be
werden
en zua-
ngs- und
ar, der
t befähigt.

ef gegen
eier der
wegen
angelegte
stoffliere
erlieh er
aufame,
erließ er
ung dem

es Aus-
holungs-
erlaubt in
n, da zu
lens auf

er ame-
ingora-
tion des
e Rom-
sprüche.

mann.
D. Aue

ue.

uen Engel

igende.

6.

6.

6.

6.

6.

6.

6.

6.

6.

6.

6.

6.

6.